

FREIBERUFLER-TICKER vom 16. April 2021

1. Gründungsgeschehen bei Freien Berufen

2020 sank die Anzahl der freiberuflichen Existenzgründungen auf 88.360 (minus 5,6 Prozent gegenüber 2019). Damit entwickelte sich das Gründungsgeschehen bei den Freien Berufen in 2020 günstiger als im Gewerbe (minus 11,7 Prozent). Das [teilte](#) das Institut für Mittelstandsforschung Bonn Ende vergangener Woche mit. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Existenzgründungen 2020 in 14 Bundesländern, Ausnahmen sind Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Entsprechend reduzierte sich die Existenzgründungsintensität der Freien Berufe (Gründungen pro 10.000 erwerbsfähige Einwohner) im Vergleich zu 2019. Nach 18,2 liegt sie deutschlandweit bei 17,2. Der Rückgang fällt – in Anbetracht der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Dienstleistungssektoren – verhältnismäßig moderat aus.

2. Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum Ende 2020 stark gesunken

Das Statistische Bundesamt [vermeldete](#) am 14. April 2021, dass 2020 9,4 Prozent weniger neue Ausbildungsverträge als 2019 abgeschlossen wurden. Dieses Ergebnis zeigt damit einen deutlichen Effekt der Corona-Krise auf den Ausbildungsmarkt. Einen leichten Zuwachs um 3,6 Prozent gab es 2020 nur in der Landwirtschaft. In allen übrigen Ausbildungsbereichen sank die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge, im Bereich Industrie und Handel um 11,9 Prozent, im Handwerk um 6,6 Prozent. Der Wert für die Freien Berufe beträgt minus 6,5 Prozent. Damit haben alle Akteure der freiberuflichen Ausbildung eine wahre Aufholjagd gestartet und keinen Auszubildenden verloren gegeben. Im Sommer 2020 lag das Minus bei den Freien Berufen noch bei zehn Prozent.

3. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021 veröffentlicht

Die Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021 mit dem Titel „Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremst Wachstum“ der führenden Wirtschaftsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde am 15. April 2021 [veröffentlicht](#). In ihrer Prognose rechnen die Institute damit, dass der derzeitige Lockdown zunächst fortgesetzt wird und dabei auch die zuletzt erfolgten Lockerungen wieder weitgehend zurückgenommen werden. Demnach soll das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 3,7 Prozent wachsen, im Jahr 2022 um 3,9 Prozent und. Die Arbeitslosigkeit dürfte in diesem Jahr bei 5,7 Prozent liegen, für das Jahr 2022 beträgt sie 5,2 Prozent, immer noch über dem Vorkrisenniveau von fünf Prozent. Die Institute rechnen mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 2,4 Prozent im Durchschnitt in diesem Jahr, im kommenden Jahr um 1,7 Prozent. Die weitere Entwicklung der Pandemie wird weiterhin die wirtschaftliche Erholung maßgeblich beeinflussen. Beispielsweise kann es bei der Lieferung von Impfstoffen und Tests zu Engpässen und Verzögerungen kommen. Zudem könnte das Auftreten neuer Mutationen des Virus die Wirksamkeit der Impfstoffe reduzieren, wodurch



Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.

Bis zu 50% Rabatt

Zum Angebot >

der Öffnungsprozess möglicherweise gestoppt werden müsste und damit die wirtschaftliche Erholung nochmals in Rückstand gebracht wird.

4. Krisenbetroffenheit der Betriebe geht zwischen Januar und März leicht zurück

Trotz andauernder Lockdown-Maßnahmen schätzten die Betriebe ihre wirtschaftliche Situation und ihre Betroffenheit von der Covid-19-Pandemie in der ersten Märzhälfte 2021 insgesamt etwas günstiger ein als noch in den Vormonaten. Sie stellen tendenziell wieder mehr ein und entlassen seltener. Dennoch war zuletzt noch fast jeder zweite Betrieb negativ von der Krise betroffen. Dabei unterscheiden sich wirtschaftliche Lage und Entwicklung sowohl von Branche zu Branche als auch zwischen Betrieben derselben Branchen erheblich. Das geht aus einer Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor, die am 15. April 2021 [veröffentlicht](#) wurde. Weitere Befunde: Die Liquidität der Betriebe veränderte sich seit August 2020 insgesamt nur wenig. Kurzarbeit ist wesentlich niedriger als im Frühjahr 2020. Auch wenn die pandemiebedingten Einschränkungen in fast allen Bereichen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes tiefe Spuren hinterlassen haben, geben die Daten laut IAB Grund zur Hoffnung, dass Wirtschaft und Arbeitsmarkt nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen werde und die Konjunktur insgesamt wieder auf Erholungskurs ist. Allerdings bestehen laut der Forscher weiter große Risiken im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Pandemie. Derzeit nehmen sie an, dass die Lockdown-Maßnahmen noch einige Zeit andauern. So gehen sie davon aus, dass eine Verlängerung dieser Maßnahmen um einen Monat das jährliche Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozent reduziert.

5. Umfrage zu Corona-Tests in der Wirtschaft

Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 22. März 2021 wurde die Bundesregierung aufgefordert, ein Monitoring durchzuführen, inwiefern Unternehmen beziehungsweise Arbeitgeber ihren Beschäftigten regelmäßige Corona-Testangebote unterbreiten und somit ihrer vereinbarten Selbstverpflichtung nachkommen. Die Ende vergangener Woche [veröffentlichte](#) Evaluation der Bundesregierung beruht auf zwei Säulen: einer repräsentativen Beschäftigtenbefragung und einer repräsentativen Unternehmensbefragung. Insgesamt wurden etwa 2.500 Beschäftigte und 1.000 Unternehmen im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie seit Mitte März befragt. Laut Unternehmensbefragung bieten heute über die Hälfte der Unternehmen Beschäftigten, die vor Ort arbeiten, mindestens einmal wöchentlich Tests an. Weitere Unternehmen planen dies bis etwa Mitte April. Somit haben insgesamt 69 Prozent der Unternehmen jetzt oder in Kürze ein regelmäßiges Testangebot für ihre Beschäftigten. Auf der Beschäftigtenseite zeigt sich, dass aktuell sechs von zehn Beschäftigten (61 Prozent) einen Arbeitgeber haben, der Corona-Tests anbietet. Von den rund 40 Prozent der Beschäftigten, die zurzeit kein Testangebot von ihren Arbeitgebern zur Verfügung gestellt bekommen, gaben wiederum 30 Prozent an, ihr Arbeitgeber habe dies in Aussicht gestellt. Nimmt man diese Gruppe hinzu, so erhalten insgesamt etwa 70 Prozent der Beschäftigten ein Testangebot oder es wurde ihnen zumindest angekündigt. Mitte März lag dieser Anteil bei 35 Prozent.



Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.

Bis zu 50% Rabatt

Zum Angebot >

6. Selbstständige: Frauen deutlich stärker betroffen als Männer

Die rund 4,2 Millionen Selbstständigen in Deutschland mussten in der Corona-Pandemie häufiger Einkommenseinbußen hinnehmen als abhängig Beschäftigte, die meist über das Kurzarbeitergeld abgesichert sind. Selbstständige Frauen, die rund ein Drittel aller Selbstständigen ausmachen, traf es dabei nochmals härter als selbstständige Männer. Während sich bei rund 47 Prozent der männlichen Selbstständigen das Einkommen verringerte, waren es bei den weiblichen Selbstständigen etwa 63 Prozent. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, [veröffentlicht](#) am 14. April 2021.

7. Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit

Die Zahl langzeitarbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (ELB) in der Grundsicherung hat sich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt deutlich erhöht. Das ist der Antwort ([19/28245](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu entnehmen, über die der Deutsche Bundestag am 14. April 2021 berichtete. Demnach gab es laut Daten der Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2019, also kurz vor Beginn der Pandemie, rund 592.000 ELB. Bis August 2020 ist deren Zahl auf rund 721.000 angestiegen.

8. Digitaler Round-Table Mittelstand des IfM Bonn

Wie das Institut für Mittelstandsforschung [mitteilte](#), tauschten sich am 13. April 2021 im Rahmen des digitalen Roundtable Mittelstand Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik über aktuelle und zukünftig notwendige Unterstützungsmaßnahmen für den Mittelstand aus. Eine erfreuliche Botschaft der Wissenschaftler ist, dass sich die mittelständische Wirtschaftsstruktur in der Corona-Krise bislang als widerstandsfähig erwies. Einer weiteren Erkenntnis zufolge wirkte sich die Soforthilfe zu Beginn der Pandemie positiv auf die wirtschaftliche Belastung der Selbstständigen, dennoch sind verlässliche monatlich ausgezahlte Hilfen für Selbstständige in Monaten mit hohen Umsatzverlusten wichtig. Überdies finden die Wissenschaftler, dass eine zielgenauere Ausgestaltung der Unterstützungsmaßnahmen durch bessere Ausrichtung an die jeweiligen unternehmerischen Kostenstrukturen und die branchenspezifische Lage zielführend ist. Es zeigt sich, dass die Corona-Pandemie längst nicht mehr alle mittelständischen Unternehmen belastet, sondern die Themen „Fachkräftemangel“, „Kundengewinnung“ und „Digitalisierung“ zunehmend in Fokus geraten.

9. Digitale Verwaltung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [veröffentlichte](#) Ende vergangener Woche das Kerndatenmodell für das neue Standardisierungsverfahren „XUnternehmen“. Damit sollen wirtschaftsbezogene Verwaltungsleistungen künftig ohne Papiernachweise umzusetzen sein. Der Standard wird auf Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz entwickelt. Er schafft einheitliche Vorgaben für wirtschaftsbezogene Verwaltungsleistungen im Rahmen des



The advertisement features a dark blue background. On the left, a hand holds a tablet displaying the digital edition of the 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' (F.A.Z.), with a red banner below it stating 'Bis zu 50% Rabatt'. To the right of the tablet is a glass of water and a cup of coffee. The main text in white reads 'Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.' Below this is a red button with white text 'Zum Angebot' and a right-pointing arrow. In the top right corner, there is a white logo consisting of stylized letters 'fz'.

Onlinezugangsgesetzes. Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten.

10. Deutschland bei digitaler Transformation rückständig

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlichte am 13. April 2021 sein Gutachten „[Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Corona-Krise](#)“. Darin zeigt er Wege auf, wo und in welchen Bereichen sich der Staat stärker engagieren sollte, um Fortschritte des aktuellen Digitalisierungsschubs auch nach der Pandemie zu erhalten und die digitale Transformation weiter voranzutreiben. Darin stellen die Autoren fest, dass „Deutschland sowohl beim Ausbau der digitalen Infrastruktur als auch beim Einsatz digitaler Technologien und Dienstleistungen hinter viele andere OECD-Staaten zurückgefallen ist. (...) Der Breitbandausbau weist in Deutschland bei höheren Übertragungsgeschwindigkeiten einen Rückstand zu vielen anderen OECD-Ländern und ein starkes Stadt-Land-Gefälle auf. Beim Einsatz digitaler Technologien und Arbeitsweisen hat Deutschland ebenfalls die Rolle eines Nachzüglers eingenommen, so bei der Nutzung von Homeoffice, der Anwendung bargeldloser Zahlungsverfahren, beim Einsatz digitaler Abläufe in der öffentlichen Verwaltung (E-Government) und bei der Nutzung digitaler Geschäftsmodelle in Unternehmen. Auch im Gesundheitswesen sowie in Schulen und Hochschulen kamen digitale Technologien und Prozesse bisher vergleichsweise selten zum Einsatz. Das ist ein Grund zur Besorgnis, da der Einsatz digitaler Technologien produktivitätserhöhend wirken, die Resilienz der Wirtschaft stärken und neue Wertschöpfungsmöglichkeiten erschließen kann.“

11. Förderprogramme für Digitalisierung

Die Bundesregierung informiert über ihre Förderprogramme zur Digitalisierung. In einer Antwort ([19/27547](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 13. April 2021 berichtete, listete sie auf, welche unmittelbaren Programme es für den Ausbau der IT-Sicherheit, der Industrie 4.0, der Künstlichen Intelligenz und der Digitalisierung allgemein gibt. Eine Übersicht über alle Programme der Europäischen Union, des Bundes und der Länder gebe es zudem auf [www.foerderdatenbank.de](#), dort seien rund 2.600 Programme einsehbar. In der Antwort heißt es weiter, Mittelständler können sich auch in den „Mittelstand 4.0 Kompetenzzentren“ über Unterstützungsangebote informieren. Darüber hinaus gebe es eine Broschüre mit den wichtigsten Programmen für kleine und mittlere Unternehmen. Ein weiterer Förderkompass sei nicht vorgesehen, ebenso wenig eine Anpassung der aktuellen Förderstruktur. Es werde aber noch vor dem Ende der Legislaturperiode neue Fördermaßnahmen geben, etwa im DigitalHub Klima.

12. Bericht zur Förderung strukturschwacher Regionen

Mit mehr als 1,7 Milliarden Euro förderte die Bundesregierung im vergangenen Jahr gezielt strukturschwache Regionen. Das geht aus dem [Ersten Bericht zum Gesamtdeutschen Fördersystem](#) hervor, den das Bundeskabinett am 13. April 2021 verabschiedete. Er beinhalte



The advertisement features a dark blue background. On the left, a hand holds a tablet displaying the F.A.Z. newspaper interface, with a red box overlaying the text 'Bis zu 50% Rabatt'. To the right of the tablet is a glass of water and a cup of coffee. The main text on the right reads 'Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.' in white. Below this is a red button with the text 'Zum Angebot' and a right-pointing arrow. In the top right corner, there is a white logo consisting of a stylized 'fz'.

unter anderem folgende Kernaussagen: Trotz erreichter Fortschritte in den vergangenen Jahren ist die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in den Regionen Deutschlands nach wie vor sehr unterschiedlich. Zudem gibt es eine Vielzahl regionaler Besonderheiten. Strukturelle Unterschiede gibt es nicht allein zwischen Ost und West. Sondern auch zwischen städtischen und ländlichen Regionen sowie innerhalb Ost- und Westdeutschlands. So gibt es prosperierende Regionen mit guten Zukunftschancen, starken mittelständischen Industrien und einer vergleichsweise demografischen Entwicklung. Andere Regionen dagegen haben mit Strukturwandel, fehlenden Arbeitsplätzen oder angespannten Kommunalfinzen zu kämpfen. Strukturwache Regionen liegen insbesondere in den neuen Ländern, in Küstennähe, im Saarland sowie im südlichen Niedersachsen. Auch das Ruhrgebiet wird speziell gefördert. Der vorgelegte Bericht betont auch neue Herausforderungen, die sich in besonderer Weise strukturschwache Regionen stellen müssen. Dazu zählen beispielsweise die Digitalisierung, die demografische Entwicklung und klimapolitisch notwendige Maßnahmen.

13. Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen langsamer als bei Männern

Die Erwerbstätigkeit von geflüchteten Frauen und Männern steigt zwar über die Aufenthaltsdauer, der Anstieg bei Männern ist aber stärker ausgeprägt. Dies zeigt eine am 14. April 2021 veröffentlichte [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Nach fünf Jahren waren 28 Prozent der Frauen, aber 60 Prozent der Männer erwerbstätig. Ein entscheidender Faktor ist die Sorgearbeit: Frauen mit Kindern unter drei Jahren haben beispielsweise eine um elf Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein als Frauen ohne Kinder. Laut IAB haben darüber hinaus Frauen im Herkunftsland häufiger in Bereichen wie dem Bildungs- und Gesundheitssektor gearbeitet und die dort erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen sind schwieriger auf den deutschen Arbeitsmarkt zu übertragen. Männer hingegen waren besonders häufig in der Industrie und im Verarbeitenden Gewerbe tätig, in denen ein Berufseinstieg auch beispielsweise mit geringen Sprachkenntnissen möglich ist.

14. Bundeskabinett beschließt „22-Punkte-Paket für Bürokratierleichterungen“

Das Bundeskabinett [beschloss](#) in seiner Sitzung am 13. April 2021 ein „22-Punkte-Paket für Bürokratierleichterungen“. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen die Wirtschaft, Unternehmen und Bürger weiter von Bürokratie entlasten. Es enthält auch wichtige Forderungen des BFB, wie die Beschleunigung und Digitalisierung des Statusfeststellungsverfahrens für Selbstständige. Als weitere Maßnahmen sind die Schaffung eines Basisregisters für Unternehmensstammdaten, schnellere verbindliche Auskünfte bei Steuerfragen und Erleichterungen für Eltern bei der digitalen Beantragung von Familienleistungen zu nennen. Im Paket wurden auch Vereinfachungen für junge Unternehmen im Vergabeverfahren beschlossen. Die Maßnahmen ergänzen das Arbeitsprogramm Bessere Rechtssetzung und Bürokratieabbau 2018, das in der 19. Legislaturperiode umgesetzt wurde. Der BFB wertet das Programm noch genauer aus, die Ergebnisse werden den BFB-Mitgliedsorganisationen zeitnah zur Verfügung gestellt.



Bis zu 50% Rabatt

Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.

Zum Angebot >

15. Studie zu den Freien Berufen in NRW

Der Verband Freier Berufe im Lande NRW e. V. gab eine [Studie](#) beim Europäischen Zentrum für Freie Berufe zur Analyse des zukünftigen Regulierungsrahmens der freiberuflichen Dienstleistung im Hinblick auf die Länderempfehlungen der Europäischen Kommission und die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Lage der Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen in Auftrag. Ziel der Studie ist es, den Organen des Landes Nordrhein-Westfalen ebenso wie den selbstverwalteten Berufsständen aufzuzeigen, vor welchen regulatorischen Herausforderungen die Freien Berufe stehen. Die Studie behandelt nur Berufsstand übergreifende Fragestellungen und zeigt Optionen auf, um aus Sicht der Studienverfasser notwendige Reformen umzusetzen.

16. Digital Future Challenge 2021

Dieser Studierenden-Wettbewerb soll laut einer Mitteilung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz Impulse zu digitaler Unternehmensverantwortung für Wirtschaft und Politik liefern. Mit der Leitfrage nach der Verantwortung von Unternehmen in der digitalen Transformation startete am 13. April 2021 der Studierenden-Wettbewerb „Digital Future Challenge“. Anhand konkreter Fallbeispiele entwerfen interdisziplinäre Studierendenteams Lösungsansätze für eine sozial-ökologisch gestaltete Digitalisierung, die Wirtschaftlichkeit und Ethik zusammenbringt. Die Beispiele bilden reale Herausforderungen von Konzernen, Mittelstandsunternehmen und Organisationen ab – vom Verbraucherschutz bis zur Zukunft der Arbeit. Initiatoren der „Digital Future Challenge“ sind die Deloitte-Stiftung und die Initiative D21. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz fördert den Wettbewerb und übernimmt die Schirmherrschaft. Weitere Informationen zur Digital Future Challenge sind unter [hier](#) abrufbar.



The advertisement features a dark blue background. On the left, a hand holds a tablet displaying the 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' (F.A.Z.) digital edition. A red banner over the tablet reads 'Bis zu 50% Rabatt'. To the right of the tablet is a glass of water and a cup of coffee. The main text in white reads 'Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.' Below this is a red button with white text 'Zum Angebot' and a right-pointing arrow. In the top right corner, there is a white logo consisting of a stylized 'f' and 'z' intertwined.